

## Forderungen Niedersachsens an die EU

Niedersachsens Europaministern Birgit Honé wird in der zweiten Oktoberwoche für mehrtägige Gespräche nach Brüssel reisen. Geplant ist unter anderem ein Zusammentreffen mit Mitgliedern der Brexit-„Task Force“ von EU-Chefunterhändler Michel Barnier.

Zweck des Treffens ist es, den EU-Unterhändlern einige Punkte mit auf den Weg zu geben, die Niedersachsen besonders wichtig sind. Die Zusammenstellung von (bislang) vier Punkten speist sich aus den Gesprächen mit betroffenen Unternehmen und Verbänden, die vom Ministerium, den Ämtern für Regionale Landesentwicklung und der Ministerin persönlich geführt wurden:

1. Niedersachsen unterstützt die Verhandlungspositionen der EU und fordert von den Unterhändlern beider Seiten zügiges Arbeiten. Alle Bemühungen und Anstrengungen müssen sich auf den Abschluss einer Austrittsvereinbarung konzentrieren. Ein unregelmäßiger Brexit muss vermieden werden.
2. Niedersachsen trifft bereits Vorkehrungen für alle möglichen Szenarien. Um diese Vorbereitung optimieren zu können, muss die EU-Kommission die Mitgliedstaaten noch frühzeitiger und detaillierter mit Informationen versorgen. Das ist insbesondere für unsere Unternehmen wichtig, die enge Handelsbeziehungen zu Großbritannien unterhalten.
3. Da Großbritannien ein Hauptabnehmer niedersächsischer Produkte ist, muss zügig sichergestellt sein, dass diese Waren auch zukünftig den britischen Markt erreichen. Es geht hierbei beispielsweise um Typenzulassungen von Kraftfahrzeugen. Nicht zuletzt hängen unsere Seehäfen vom Warenverkehr mit Großbritannien ab. In einem Austrittsabkommen müssen diese Dinge sehr klar und verständlich für alle Akteure geregelt sein.
4. Niedersachsens Fischer werden voraussichtlich ihre angestammten Fanggründe vor den britischen Inseln verlieren. Die EU darf diesen Verlust nicht einfach hinnehmen. Der Verlust der Fanggründe für niedersächsische Fischer muss mit der Frage des zukünftigen Marktzugangs für britische Fischprodukte verknüpft werden.
5. Für den Fall eines unregelmäßigen Brexits muss die Kommission so zügig wie möglich Notfallmaßnahmen entwickeln; insbesondere für die Bereiche Medizinische Versorgung, Flugverkehr, Gütertransport (LKW-Verkehr) und Tiertransporte.